



#dieschmidt

der newsletter

15.03.2019

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

wir haben im ersten Jahr der Koalition viel erreicht. Wir haben den sozialen Arbeitsmarkt beschlossen, das Gute-Kita-Gesetz und vieles mehr. Wir konzentrieren uns auf konkrete Sachfragen, die Deutschland zu einem Land machen, das Respekt vor der Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger zeigt. Deshalb streiten wir für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Deshalb haben wir unser Konzept für den **Sozialstaat der Zukunft** vorgestellt. Worum es dabei geht, habe ich in einem Beitrag für die kommenden Wetzlarer Nachrichten (den Beitrag gibt es vorab [hier](#)) dargestellt.

Theresa May ist erneut im britischen Unterhaus gescheitert. Das Chaos um den Brexit sorgt für Unklarheiten für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen und Institutionen. Aber die **Zustimmungswerte für die EU sind derzeit so hoch, wie schon lange nicht mehr**: über 60% der Befragten finden es gut, dass ihr Land Mitglied der EU ist (mehr dazu unter www.dagmarschmidt.de/europa-ist-die-antwort).

Vom 01. bis 04. Juni findet in Berlin wieder das Planspiel „**Jugend und Parlament**“ statt. Ich freue mich, dass ich dieses Jahr wieder einen Platz vergeben darf. Mitmachen kann, wer zwischen 17 und 20 Jahre alt ist und Interesse an Politik hat. Die Kosten für Anfahrt und Unterkunft werden vom Bundestag übernommen. Interessierte melden sich bitte bis **Mittwoch, 20.03.2019** bei meiner Mitarbeiterin Annika Schmidt-Ehry unter 06441 209 25 25 oder dagmar.schmidt@bundestag.de. Weitere Infos zum Planspiel gibt es [hier](#).

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



Solidarität mit „Friday For Future“: Auch wir fordern einen besseren und ambitionierten Klimaschutz!

P.S.: wer sich direkt per App über die Geschehnisse im Bundestag informieren möchte, für den könnte die App „Deutscher Bundestag“ interessant sein. Seit 06. März 2019 ist die neue Version verfügbar. In der App gibt es die aktuelle Tagesordnung des Bundestages und einen Livestream der aktuellen Debatten.

Für gesetzlich Versicherte

Bessere Versorgung und schnellere Termine



Wer gesundheitliche Beschwerden hat, braucht schnelle Hilfe vor Ort. Die Wartezeiten für fachärztliche Termine sind aber oft sehr lang. Vor allem für gesetzlich Versicherte. Oder die Wege zur Praxis sind weit. Vor allem im ländlichen Raum. Wir finden: Gute Gesundheitsversorgung darf nicht davon abhängen, ob ich in der Stadt oder auf dem Land wohne oder ob ich privat oder gesetzlich versichert bin. Mit schnelleren Terminen in Arztpraxen, mehr Sprechstunden für Kassenpatientinnen und Kassenpatienten und mehr Ärztinnen und Ärzten auf dem Land gehen wir nun wichtige Schritte, um die Zwei-Klassen-Medizin abzubauen. Deswegen haben wir diese Woche das Terminservice- und Versorgungsgesetz verabschiedet. [...weiterlesen](#)

Für Freiwilligendienste

Teilzeitmöglichkeit schaffen



Wer unter 27 ist und keinen Dienst in Vollzeit absolvieren kann, ist bislang praktisch von der Teilnahme an Freiwilligendiensten ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. Deswegen haben wir diese Woche einen Gesetzentwurf beraten, der es auch denjenigen ermöglicht Freiwilligendienst zu leisten, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen.

Für mehr Demokratie

Inklusives Wahlrecht



Derzeit sieht die Rechtslage in Deutschland vor, dass Menschen, die zur Besorgung all ihrer Angelegenheiten eine Betreuerin oder einen Betreuer zur Seite gestellt bekommen haben, nicht wählen dürfen. Genauso wenig Menschen, die im Zustand der Schuldunfähigkeit eine Straftat begangen haben und deshalb in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Am 21. Februar 2019 hat das Bundesverfassungsgericht erklärt, dass dieser Wahlrechtsausschluss verfassungswidrig ist. Es ist erfreulich, dass unser Koalitionspartner nach langen Verhandlungen dem Anliegen der SPD gefolgt ist und wir nun endlich den Weg für ein inklusives Wahlrecht freimachen konnten. [...weiterlesen](#)

Aus dem Wahlkreis



Die vergangenen zwei Wochen habe ich im Wahlkreis verbracht. Neben den traditionellen Heringessen und Jahreshauptversammlungen der verschiedenen SPD-Ortsvereine, habe ich mich auch viel mit Sozialverbänden und Vereinen getroffen – unter anderem mit der Caritas, dem Kleidertreff in Dillenburg und dem Verein „Soziale Inklusion“, der unabhängige Unterstützung für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen anbietet ([hier geht es zur PM](#)). Beim Neujahrsempfang der SPD Haiger haben wir nicht nur über den anstehenden Europawahlkampf gesprochen, sondern auch über unser Sozialstaatskonzept. Zu letzterem hat auch die SPD Lahn-Dill eine Veranstaltung angeboten ([hier die PM zur Veranstaltung](#)), bei der ich das Papier vorgestellt habe, an dem ich im Rahmen meiner Mitgliedschaft im Parteivorstand mitgeschrieben habe.



ARBEIT. SOLIDARITÄT. MENSCHLICHKEIT

Mit unserem Sozialstaatskonzept wollen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen stellen. Unsere Grundsätze lauten dabei Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. In den kommenden Wochen werde ich hier einzelne Aspekte des Konzeptes näher beleuchten.

HEUTE IM FOKUS: Wie wollen wir für Respekt und Anerkennung für diejenigen sorgen, die lange gearbeitet haben?

Wer lange gearbeitet hat, verdient Anerkennung für seine oder ihre Lebensleistung. Deswegen wollen wir mit der solidarischen Arbeitsversicherung den Bezug von Arbeitslosengeld I verlängern: wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, verdient auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Und wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient Respekt und sollte nicht in der Grundsicherung landen. Die Lagerarbeiterin und der Friseur, die 40 Jahre auf Mindestlohniveau gearbeitet haben, erhalten trotz Vollzeit derzeit nur 541 Euro Rente. Das ist nicht genug. Deswegen wollen wir die Grundrente einführen – für alle, die mindestens 35 Beitragsjahre haben.